



Bestellungspreis: 2 Thlr. 2 Sgr. 6 Pf. für den Raum einer
Hauptzeile in 12 Zeilen, 1/2 Sgr. für den Raum einer
Nebenzeile.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-
anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag
einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 230. Mittag-Ausgabe.

Achtundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Sonnabend, den 18. Mai 1867.

Deutschland.

Berlin, 17. Mai. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Kreisgerichts-Rath Blech zu Berleberg den rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife, dem Landbaumeister Matthai zu Wittenhausen im Regierungs-Bezirk Rassel den rothen Adler-Orden vierter Klasse, dem Gasthofbesitzer Johann Friedrich Nürnberg zu Berlin den königl. Kronen-Orden vierter Klasse, dem evangelischen Schullehrer Kappelbach zu Lauterbach im Kreise Völsch den Kreisorden 1. Ranges zu Falkenberg in Ober-Sachsen und Schleinitz zu Heydeburg und dem Chaussee-Aufseher Bandemer zu Schifflände bei Freyenwalde a. d. d. das Allgemeine Ehrenzeichen, sowie den Fällhüter Rosengarten vom Leib-Grenadier-Regiment (1. Brandenburgisches) Nr. 8 und Hummel vom Nieder-Rheinischen Jäger-Regiment Nr. 39 die Rettungs-Medaille am Bande; ferner dem Kreisgerichts-Secretär Heisterkamp in Hattungen bei seiner Veretzung in den Ruhestand den Charakter als Kreis-Rath verliehen.

Dem Drechslermeister Franz Kahler Sohn und dem Sattlermeister Wilhelm Kahler in Nachen ist unter dem 13. Mai 1867 ein Patent auf ein künstliches Bein auf fünf Jahre erteilt worden.

Berlin, 17. Mai. [Se. Majestät der König] befohlen hat heute 9 Uhr auf dem Tempelhofer Felde das 2. Garde-Regiment zu Fuß, Oberst und Flügel-Adjutant Graf v. Kanitz, und das Garde-Füsilier-Regiment, Oberst und Flügel-Adjutant v. Werder, und nahmen die Vorträge des Ministers-Präsidenten, des Ministers des königlichen Hauses, des Kriegs-Ministers und des Militär-Cabinetts entgegen. Das Diner nahmen Se. Majestät in Bellevue bei Ihrer königl. Hoheit der Frau Herzogin Wilhelm mit Ihrer königl. Hoheit der Frau Großherzogin Mutter und Sr. königl. Hoheit dem Großherzog von Mecklenburg-Schwerin.

[Minister-Conseil.] Heute hat abermals ein Minister-Conseil stattgefunden, welches sich aber lediglich mit Gegenständen der inneren Politik beschäftigte.

[Freiheit des Verkehrs und gleichmäßige indirecte Besteuerung.] Wie bereits telegraph. gemeldet, schreibt der „Staats-Anz.“: Die Herstellung eines vollständigen freien Verkehrs unter allen Staaten, welche dem Zollvereine angehören, ist bisher noch ein ungelöstes Ziel geblieben. Eine wesentliche Annäherung an dasselbe liegt allerdings in der Vereinigung über die Beseitigung des Salzmonopols, welche kürzlich stattgefunden hat, und nach deren Ausführung das Salz nicht mehr dem gegenseitigen Einfuhrverbot unterliegen wird. Es bleibt dann aber noch die Erhebung und Erstattung der Abgaben übrig, welche bei der Ueberfahrt solcher Gegenstände aus einem Vereinsstaate in den andern stattfinden, die in den einzelnen Vereinsstaaten mit inneren indirecten Steuern belegt sind. Beschänkungen des freien Verkehrs, welche hierdurch bedingt sind, bestehen noch vielfach und namentlich auch zwischen den älteren Provinzen und den neuen Landestheilen, indem der Uebergang von Branntwein, Bier und Tabak an mehreren Grenzen zwischen den älteren und neueren Landestheilen und zwischen den neuen Landestheilen untereinander einer Besteuerung unterliegt. Da dieses Mißverhältnis auf der Verschiedenheit der Besteuerung beruht, so kann es nur durch die Einführung der gleichmäßigen Besteuerung, welche ohnehin notwendig ist, ausgeglichen werden. Diefem Ziele wird gegenwärtig dadurch näher getreten, daß durch ergangene allerhöchste Verordnungen die gesetzlichen Vorschriften, welche über die Besteuerung des Branntweins, des Bieres und des inländischen Tabaks in den älteren Landestheilen bestehen und zwar genau in der Art, wie sie gegenwärtig in diesen Provinzen in Geltung sind, vom 1. Juli d. J. ab auf die neuen Landestheile ausgedehnt werden. Es geschieht dies zwar mit der Maßgabe, daß zur Schonung eigenthümlicher Verhältnisse die Branntweinsteuer im Hauptlande des vormaligen Kurfürstenthums Hessen für die Dauer eines Jahres noch nicht im vollen Betrage zur Erhebung gelangt und der Verkehr mit Branntwein in Folge dessen nicht so gleich völlig von der bisherigen Beschränkung befreit wird. Auch muß der Eröffnung des freien Verkehrs mit Schleswig-Holstein der Wegfall der noch bestehenden Zollschranken vorhergehen. In der Hauptsache ist aber die Freiheit des Verkehrs im Innern und die Herstellung einer gleichmäßigen indirecten Besteuerung innerhalb des Reiches von Preußen durch die ergangenen Verordnungen sichergestellt und damit ein neuer Fortschritt auf der Bahn der Förderung der Verkehrsfreiheit errungen.

[Die Schleifung Luxemburgs.] Nachträglich erzählt man, daß die Schleifung der Festung Luxemburg auf Kosten Deutschlands oder der Großmächte von luxemburgischer Seite beantragt, aber förmlich zurückgewiesen wurde. Das Großherzogthum trägt die Kosten selbst.

[Von der Ausstellung.] Aus Leipzig vom 16. d. meldet die „Schl.“: Nach heute hier eingegangener Nachricht ist den „schl.“-schen Lehrmitteln auf der Pariser Ausstellung die goldene Medaille zuerkannt worden. Preußen erhielt die silberne.

[Zur Verhütung.] Wie die „N. V. N.“ heute mittheilen, hat die amtliche Untersuchung ergeben, daß die beiden in den letzten Tagen von hiesigen Aerzten gemeldeten angeblichen Cholerafälle in gewöhnlichen Brechdurchfall-Erkrankungen bestanden haben. Beide Kranke waren bereits am andern Tage völlig wieder hergestellt.

Berlin, 17. Mai. [Presseproceß.] Vor der 7. Criminalgerichts-Deputation wurde heute ein Presseproceß verhandelt, bei dem es sich um eine Beleidigung des Reichstages des norddeutschen Bundes handelte. Angeklagt waren der Redacteur und Verleger der „Staatsbürger-Zeitung“, und der Anklage lag ein Leitartikel zum Grunde, der die Ueberschrift trug: „Ein falsches Argument.“ In diesem Leitartikel wird die Thätigkeit des Reichstages und besonders die Debatte über die Ausschließung der Beamten von der Wahlbarkeit besprochen, den Mitgliedern Mangel an Denkfähigkeit vorgeworfen u. dgl. m. Ueber den strafrechtlichen Gesichtspunkt, der hier in Frage kommt, hat bei den verschiedenen Behörden eine verschiedene Auffassung stattgefunden und die Rathskammer des Stadtgerichts hat schließlich die Einleitung der Anklage aus § 101 Str.-G.-B. wegen Schmähung von Staatseinrichtungen angeordnet. Der angeklagte Redacteur erkannte zunächst, daß er grundsätzlich keinen Leitartikel lese, weil er sich im Falle einer Vergehen enthalten sollte, nicht der Teilnahme daran schuldig machen wolle. Der Staatsanwalt erklärte, daß sich gegen die Anklage aus § 101 Str.-G.-B. wesentliche Bedenken geltend machen ließen. Der Annahme, daß der Reichstag eine Staats-Einrichtung sei, ständen zwei Momente entgegen, einmal sei der Reichstag nur eine constituierende, also keine dauernde Versammlung gewesen und ferner keine Institution Preußens. Das Obertribunal habe nicht einmal den früheren Bundesstag als eine Staatseinrichtung angesehen, weil er nur einen liberalen Charakter hatte. Allerdings sei die Zusammenberufung des Reichstages eine Anordnung der preussischen Regierung, allein da nur die konkreten Verhandlungen des Reichstages angegriffen seien, so könne der Schöpfer des Reichstages nicht als beleidigt angesehen werden. Das Reichsgefühl verlange, daß solche Beleidigungen gegen eine politische Körperschaft geahndet würden; eine solche wichtige Versammlung dürfe nicht vogelfrei den Angriffen der Presse ausgesetzt sein. Es scheine deshalb der § 102 Str.-G.-B. sedes materiae zu sein, denn dieser schätze politische Körperschaften und es unterliege wohl keinem Zweifel, daß der Reichstag eine solche Körperschaft, ähnlich dem preussischen Landtage, sei. — Auf die Erklärung des Redacteurs lege er kein Gewicht. Eine solche Art und Weise, sich der Verantwortlichkeit zu entziehen, geizne nicht einer charaktervollen Presse und zwingte die Staatsanwaltschaft, streng vorzugehen. Er beantragte eine Woche Gefängnis. — Der Gerichtshof sprach den Angeklagten frei, weil er annahm, daß der Reichstag des norddeutschen Bundes keine preussische Staatseinrichtung sei und daß der § 102 den Reichstag nicht schätze, weil er sich nur auf preussische Institutionen beziehe. Daß der Reichstag beleidigt sei, wurde anerkannt.

[Presseproceß.] Die Nr. 296 der „Volkszeitung“ vom vorigen Jahre enthält einen Leitartikel unter der Ueberschrift: „Ein Stückwerk der Freiheit.“ In diesem Artikel fand die Staatsanwaltschaft einen Verstoß gegen § 101 des Strafgesetzbuchs und erhob deshalb gegen den verantwortlichen Redacteur der Zeitung, Fr. Grunert, die Anklage. Schon vor dem ersten Richter behauptete die Staatsanwaltschaft, daß der Redacteur Grunert nur eine vorgeschobene

Person sei, mit den eigentlichen Redactionsgeschäften nichts zu thun habe und deshalb auch nicht zur Verantwortung gezogen werden könne. Der Staatsanwalt beantragte deshalb die Freisprechung des Angeklagten, weiter aber: der Staatsanwaltschaft das Recht zur Erhebung einer neuen Anklage gegen die wirklich verantwortliche Person vorzubehalten. Das Gericht erster Instanz nahm jedoch an, daß der Angeklagte wirklich der verantwortliche Redacteur der Zeitung sei und verurtheilte ihn, da der incriminirte Artikel für strafbar erachtet wurde, aus § 37 des Preßgesetzes zu 40 Thlr. Geldbuße. Gegen diese Entscheidung hatte die Staatsanwaltschaft appellirt und der Staatsanwalt Freiherr v. Bloth beantragte in der gestrigen Sitzung des Criminal-Senats des Kammergerichts abermals die Freisprechung des Angeklagten, indem er den Ausführungen des Staatsanwalts in erster Instanz im Wesentlichen beitrug. Er bestritt nicht — so führte Freiherr v. Bloth aus — daß der Angeklagte die Qualifikation zum Redacteur besitze, da derselbe den Anforderungen des Preßgesetzes vollkommen entspreche; allein es sei in letzter Zeit häufig vorgekommen, daß die Redacteurs sich darauf beriefen, daß sie incriminirte Artikel nicht gelesen hätten, und die Staatsanwaltschaft sei daher gezwungen, nach dieser Richtung hin einmal festzustellen, was eigentlich die Bedeutung eines Redacteurs sei. Der Redacteur sei derjenige, dem die Zusammenstellung der Zeitung obliege, und dies sei der Angeklagte, wenn er auch einzelne Artikel für die Volkszeitung schreibe, nicht. Derselbe habe keinen Platz in der Redaktion und es müsse deshalb der Verleger der Zeitung darüber vernommen werden, wer die Verantwortlichkeit für den incriminirten Artikel habe. Der Angeklagte vertheidigte sich selbst; er wies nach, daß ein Redacteur unmöglich sämtliche Artikel seiner Zeitung vorher lesen könne und beantragte demnach seine Freisprechung, weil der Artikel überhaupt kein Vergehen enthalte. Das Kammergericht bestätigte das erste verurtheilende Erkenntnis, indem es den Ausführungen der Staatsanwaltschaft hinsichtlich der Pflichten des Redacteurs beitrug, doch ausführte, daß keine Veranlassung vorliege, anzunehmen, daß der Angeklagte nur vorgeschobene Person sei. Ob derselbe in dem Bureau der Redaktion arbeite, sei gleichgültig; der Redacteur könne seine Geschäfte besorgen, wo er wolle.

Köln, 14. Mai. [Major Dr. Beitzke.] Am Sonntag Nachmittag 4 Uhr traf mit dem Courierzuge die Leiche des Majors Dr. Beitzke hier ein. Die Beerdigung fand Montag Früh 9 Uhr vom Trauerhause, Burgstraße 10, statt. Die Bürgerschaft Kölns, aber auch nur die Bürgerschaft, gab dem so hoch gefeierten Kämpfer für die Freiheit und das Recht das letzte Geleit. Eine Stunde vor der zur Beerdigung angelegten Zeit, also 8 Uhr Morgens, wurde Generalmarsch geschlagen! (Dem Landwehr-Major v. Sack war am Sonnabend, den 11., Früh 9 Uhr, der Todesfall und die Begräbnis-Stunde angezeigt.) Wohl Mancher möchte glauben, daß dies zum Zweck geschah, den alten Veteran mit den militärischen Ehren zu beerdigen — doch den Zweck hatte es nicht: sämtliches Militär marschirte am Trauerhause vorbei zum Thore hinaus, um 11 Uhr heimkehrend. (N. St. 3.)

Hannover, 16. Mai. [Militärisches.] Die „N. V. Z.“ schreibt: So wie aus Dsnabrück die „Dsnabrücker Anz.“ berichten, daß das Aushebungs-Geschäft im dortigen Amtsbezirke in aller Ruhe und Ordnung vor sich gegangen ist, so wird aus allen Theilen der Provinz gemeldet, daß nirgends eine Spur von Rohheit oder gar ein Excess wahrgenommen ist. Es ist dies ein Beweis, daß die Furcht vor der Militär-Dienstzeit schwindet und daß man einsehen lernt, wie gerecht in unserem Staate die Lasten auf die Einzelnen vertheilt sind.

Hannover, 16. Mai. [Auswanderung.] In diesen Tagen sind abermals Tausende von Auswanderern, selbst alte gebaute Personen und kleine Kinder, über hier nach Bremen gegangen, um in Amerika eine neue Heimath zu suchen. Wir hören von kompetenten Leuten die Ansicht aussprechen, daß der Auswandererstrom kaum je stärker gewesen sein dürfte als in dieser Zeit. Fast täglich, am meisten aber am Ende des Monats und gegen die Mitte, kommen Auswanderer über hier, und zwar aus Böhmen, Baiern, Sachsen, Hessen u. c.; es scheint, als wenn vorzugsweise jetzt der Süden Deutschlands die Auswandererzüge beschickt.

Bad Ems, 16. Mai. [Der König von Preußen] trifft zum Gebrauch der hiesigen Bäder wahrscheinlich schon am 4. Juni ein. Der Cerimonienmeister, Herr Baron v. Zedlig aus Berlin, ist gestern schon hier angekommen und im Gasthof zu den vier Jahreszeiten abgeblieben.

Freiburg (Baden), 8. Mai. [Dr. Alban Stolz,] Professor an der hiesigen Universität, veröffentlicht im „Freiburger katholischen Kirchenblatt“ einen Artikel. Darin werden 1) die kath. Geistlichen in jedem Orte des Landes aufgefordert, Preßpolizei zu üben und mit allen Mitteln auf Abschaffung liberaler Zeitungen hinzuwirken, die frech gegen Gott, bubenhaft gegen seine heilige Kirche und hündisch unterthänig gegen die „Karlsruher und Berliner Götter“ sich äußern; 2) dieselben Geistlichen angewiesen, selbst die Absolution davon abhängig zu machen, ob jemand ein solches Blatt abschafft oder nicht; 3) die Kreis-Schulräthe als „wohlbestallte und vergnügte“ Leute bezeichnet, die nur grüne und blühende Berichte schreiben im Gegensatz zu den wirklichen Verhältnissen; 4) endlich die schreibfähigen Leute ermahnt, in den „guten“ Blättern alle Mißstände zu beschreiben, bis daß man endlich genöthigt würde, der Geschichte ein gründliches Ende zu machen.

Oesterreich.

v. Aus Westgalizien, 17. Mai. [Zur Stimmung.] Die russische Annexions-Propaganda. — Geheime Polizei-Agenten nach Moskau. — Verfassung eines Russenfreundes. — Während in unserer rein polnischen Gegend die politische Stimmung eine ziemlich kühle, ja apathische geworden — weil der Glaube an ein Erstarken Oesterreichs und einer That desselben im Interesse der polnischen Nationalpartei immer mehr schwindet — hat der Slaven-Congreß in Moskau die panrussische Agitation unter den Ruthenen Ost-Galiziens nur noch tiefer aufgewühlt. Wenn wir die ruthenischen und überhaupt slavischen Journale Oesterreichs — die polnischen ausgenommen — zur Hand nehmen, so müssen wir gestehen, daß die russische Annexions-Propaganda in diesen Blättern trefflich bestellt ist. Da wird ganz unverbüßet hundertmal wiederholt, daß Oesterreich durch seine grobe Verletzung des slavischen Elements am Ende seiner verzweifeltsten Experimentalpolitik angekommen und unrettbar verloren sei. — Das slavische Feldgeschrei aus dem Jahre 1848: „Oesterreich besteht nur so lange als wir Slaven es wollen“, ertönt neuerdings in allen Mundarten, ein Ruf, dessen Bedeutung die den slavischen Journalen massenhaft angehängten Preßproceße kaum unterdrücken werden. Rußland kann zu allen diesen Dingen sich vergnügen die Hände reiben, denn es mußte blind sein, um zu verkennen, daß hier dem Petersburger Cabinet früher oder später ein hübscher Länder-Complex gleichsam als reife Frucht in den Schooß fallen wird. Um wieder auf den Slaven-Congreß in Moskau zurückzukommen, welchen man in Wien nur deshalb anscheinend gleichgültig aufgenommen, weil man ihn erstens nicht verhindern — und überdies durch eine offen zu Tage gelegte Besorgnis bezüglich seiner Folgen das

Nebel kaum unterdrücken konnte — bin ich heute in der Lage, Ihnen eine interessante Notiz zugehen zu lassen, welche gerade thatächlich beweist, welche Unruhe jene russenfreundliche Versammlung österreichischer Slaven in Moskau unserer Regierung verursacht. Auf Grundlage authentischer Mittheilungen kann ich Ihnen nämlich melden, daß man von Wien und hier eine ganze Wolke geheimer Polizei-Agenten nach Moskau geschickt, um dort unter allerlei Masken — vielleicht auch unter der entragirtesten pan-slavischen Sympathie — jeden Schritt und Berührung der österreichischen Gäste zu beobachten und darüber nach Wien zu berichten. Zumal soll das ruthenische und croatisch-serbische Slaven-Contingent, welches nach Moskau gegangen, mit jenem Polizeistab sehr zahlreich bedacht sein, weil man eben in Wien vor den russischen Bestrebungen in Disgalizien und Croatien die größten Besorgnisse hegt. Der Sachverhalt ist ein so positiver, daß ich Ihnen sogar Namen nennen könnte. — Vor einigen Tagen ist in dem Städtchen Nowosjolky der ruthenische Volksschullehrer verhaftet worden, weil er der Schuljugend eine Art politische Sonntagspredigt hielt, wo er unter Anderem sagte: „Mit Oesterreich ist es aus, die Polen sind Spitzbuben und wir (die Ruthenen) gehören schon lange durch Gottes Fügung und unseren Glauben zu Rußland.“

Italien.

Florenz, 15. Mai. [Der Gesetzentwurf über die Kirchengüter] wurde heute vom Finanzminister dem Abgeordnetenhaus vorgelegt. Es sollen 600 Mill. auf diese Güter zum Vortheile des Staates aufgenommen werden. Auf diese Summe will man zuerst die Renten, die zu Gunsten des Cultus eingeschrieben sind, verwenden; der Rest soll zur Last der Kirchengüter als außerordentliche Steuer im Verhältniß zu 25 pSt. ihres Capitalwerthes gelegt werden. Die Zahlung dieser Steuer soll in acht vierteljährlichen Raten vom 1. Januar 1868 geschehen. Den Kirchengütern werden alle ihre Eigenschaften der Unveräußerlichkeit entzogen. Was nach Abzug der außerordentlichen Steuer an Kirchengütern noch bleibt, soll zu kirchlichen Pensionen und Cultusaussgaben verwandt werden. Die durch dieses Gesetz vorgeschriebenen Operationen können einer Handelsgesellschaft übergeben werden, der eine Commissionsgebühr von 3 pSt. Maximum bewilligt werden kann. So das Gesetz des Unterrichtsministers. Ueber den Vertrag mit Rothschild verlautet, daß der Staat von dieser Gesellschaft gegen Abtretung der Kirchengüter 600 Millionen erhält, von denen 152 Millionen, welche sich im Cultusfond befinden, und 18 Millionen für das dreiprocent. Interesse abgerechnet werden, so daß die Gesellschaft noch 430 Millionen zu erlegen hat. Die Zahlung dieser Summe soll innerhalb vier Jahren in vierteljährlichen Raten von 28 Millionen geschehen. Die ersten Zahlungen werden zur Befriedigung des Zwangscourfes verwandt werden.

Frankreich.

*** Paris, 15. Mai.** [Die Wochen-Rundschau des „Abend-Moniteurs“] enthält heute längere Betrachtungen über die Londoner Konferenz. Darin heißt es:

Das Ergebnis der Londoner Konferenz und die Mittheilung des Marquis de Moustier an die Kammern sind in Frankreich und dem Ausland wohl aufgenommen worden. In fünf Tagen und drei Sitzungen haben die im englischen auswärtigen Amte versammelten Bevollmächtigten das Mittel gefunden, um eine der ernstesten und wichtigsten Fragen zu lösen, die die Fürsorge der Diplomatie aufgelegt werden konnten. Wie der Minister des Aeußern es so wohl herabgehoben hat, war lange Zeit vergangen, ohne daß Europa eine Konferenz gesehen, der, anstatt dem Kriege zu folgen und sich darauf zu beschränken, das Ergebnis desselben zu bestätigen, es gelungen, ihn zu verhindern und dem Continente die Wohlthaten des Friedens zu erhalten. Frankreich muß sich gleichfalls beglückwünschen, zu sehen, daß die nämlichen Mächte, welche 1815 sich ihm gegenüber durch feindselige Ideen leiten ließen, heute ein Monument des Mißtrauens eines anderen Zeitalters zu Boden werfen. Luxemburg wird aufhören, eine feste Stadt zu sein. Der Vertrag erklärt, daß die preussischen Truppen, welche augenblicklich dort in Garnison stehen, den Befehl zur Räumung des Platzes unmittelbar nach der Auswechslung der Ratificationen erhalten werden, welche in höchstens vier Wochen stattfinden muß. Der König-Großherzog, dessen Unabhängigkeit unter dem Regime des im letzten Jahre aufgelösten Deutschen Bundes eingeschränkt war, tritt fernerhin in die Ausübung und Rechte seiner vollen Souveränität wieder ein. Er wird Luxemburg in eine offene Stadt durch Arbeiten umwandeln, welche gleich nach dem Abzuge der preussischen Garnison beginnen werden. Die den Vertrag unterzeichnenden Mächte, mit Ausnahme Belgiens, welches selbst ein neutrales Land ist, proclamiren unter Collectiv-Garantie das Prinzip der Neutralität des Großherzogthums. Der wesentlichste Punkt der Debatte war der, daß Preußen unter den neuen Bedingungen, welche ihm die jüngsten Änderungen in Europa bereitet haben, außerhalb seiner Grenzen nicht ein militärisches Establishement bewahre, welches uns gegenüber eine offensive Position einnahm. Diesen Capitalpunkt hat Frankreich erlangt, und zwar ohne andere Mittel in Anwendung zu bringen, als die Ideen der Mäßigung und Gerechtigkeit. Alle zu der Verabhandlung berufenen Mächte haben bei dieser Gelegenheit ein kostbares Zeugnis ihrer Billigkeitsgefühle und ihrer Unparteilichkeit abgelegt. Frankreich hat das Bewußtsein, deren Bemühungen durch seine uninteressirte Politik erleichtert zu haben, die es sich zur Regel seiner Entschlüsse gemacht hat. Der Kaiser hat loben angeordnet, daß alle Unteroffiziere und Soldaten der Klasse von 1860, welche der activen Armee angehören, so wie die freiwillig Engagierten, welche bis zum Schlusse dieses Jahres entlassen werden könnten, schon jetzt ohne Verzug in ihre Heimath geschickt werden sollen, und Alles läßt hoffen, daß nicht die allgemeine Ausstellung in ihrer Entwidlung stehen werde, deren Erfolg täglich größer wird und die nach Paris einen außergewöhnlichen Zufluß von Fürsten und gekrönten Häuptern herbeilodet. Angeworben sind bereits der König und die Königin der Belgier, der König von Griechenland, die Königin von Portugal, die Großfürstin Marie von Rußland, der Herzog von Leuchtenberg, der Prinz von Dranien, der Graf von Flandern, Prinz Oscar von Schweden, der Bruder des Kaisers von Japan. Soeben ist der englische Thronerbe, Prinz von Wales, angekrochen, wie auch sein Bruder, Prinz Alfred, und in den nächsten Tagen erwartet man noch mehrere hohe Besuche. Die unter den Souveränen hergestellten persönlichen Beziehungen sind ein Unterpfand der Veruhigung und können nur einen nugenbringenden Einfluß auf die Interessen der allgemeinen Civilisation ausüben, für deren Fortschreiten der Kaiser und seine Regierung stets vorbereitend beschäftigt waren. Der glückliche Ausgang der Konferenz stärkte die Stellung des englischen Ministeriums, und alle Parteien erkennen gern die hohe Intelligenz an, mit welcher Lord Stanley den Beratungen präsidirt hat. Die von diesem Staatsmanne angenommene Haltung war der Würde wie den materiellen Interessen Englands gleich würdig. Eine wahre moralische und materielle Solidarität besteht seit dem Handelsvertrage von 1860 zwischen den Unterthanen des Kaisers und denen der Königin Victoria, und keine Nation zieht mehr Nutzen aus den Garantien, welche den Continental-Frieden sichern, als England.

Osmantisches Reich.

Konstantinopel, 11. Mai. Die Gesandten mehrerer Großmächte haben von Neuem Instructionen erhalten, der Pforte die Abtretung Candias anzurathen. — Der Leibarzt des Sultans ist in geheimer Mission nach Paris abgegangen.

1848